



Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt



Forstliche Mitteilungen

12/2025 | 1/2026
78. Jahrgang | 79. Jahrgang

Forderungsempfehlung für die anstehende Tarifrunde

„Wir machen Tarif!“

Bundesvertretung: Ansprechpartner*innen, Seite 12 – 13 (zum Herausnehmen) ►





Titel FM 12/2025 – 1/2026



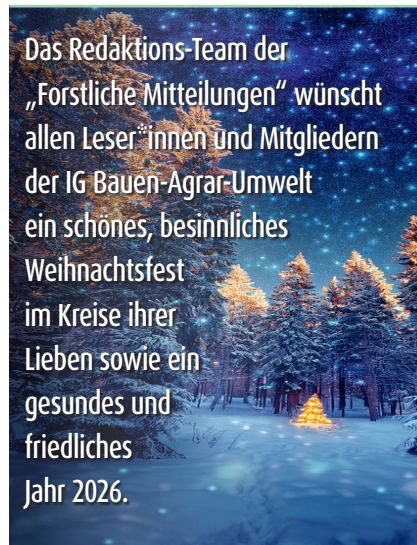
Tarifinformationen



Seite 6 – 11

Forstwirt Simon Boll demonstriert die Einsatzmöglichkeiten und Vorteile der akkubetriebenen Pfleglanze im praktischen Betrieb. Anlass war die Vorstellung der Ladeinfrastruktur für Akkugeräte beim professionellen Einsatz im Wald von ForstBW im Südschwarzwald.

Weihnachts- und Neujahrsgruß



Das Redaktions-Team der „Forstliche Mitteilungen“ wünscht allen Leser*innen und Mitgliedern der IG Bauen-Agrar-Umwelt ein schönes, besinnliches Weihnachtsfest im Kreise ihrer Lieben sowie ein gesundes und friedliches Jahr 2026.

Allgemeines

Letzte Meldungen	4 – 5
Beamtinnen/Beamte und Angestellte in Forst und Naturschutz Aktiv für die Mitglieder der IG Bauen-Agrar-Umwelt	12 – 13
Literatur	24

Aus den Regionen

Baden-Württemberg	14 – 15
Bayern	16 – 18
Brandenburg	19
Hessen	20 – 23



Impressum



Die FM sind eine bundesweit verbreitete Zeitschrift für die Beschäftigten in Forst und Naturschutz im Organisationsbereich der IG Bauen-Agrar-Umwelt.

Herausgeberin (**neue Anschrift**)
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt | Olof-Palme-Straße 35 | 60439 Frankfurt am Main

Redaktion

Siegfried Walz (verantwortlicher Redakteur) | Am Hainzenberg 1 | 36381 Schlüchtern | Telefon 06661 6004710 | Mobil 0151 23597920 | E-Mail fm-redaktion@igbau.de
Manuskripte und redaktionelle Hinweise nur an die Schriftleitung. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen.

Der Nachdruck von Texten ist, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Schriftleitung gestattet. Die mit Namenszeichen versehenen Beiträge geben nicht immer die Meinung der IG BAU oder der Schriftleitung wieder. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

Druck und Anzeigen



Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. Bitte recyceln.

Erscheinungsweise monatlich (neun Ausgaben im Jahr, Mehrfachausgabe Juni/Juli/August und Doppelheft in „Der Grundstein/Der Säemann“).

Der Verkaufspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltung

Barbro Wegmann
IG Bauen-Agrar-Umwelt
E-Mail barbro.wegmann@igbau.de

Beihefter



PGH Media
E-Mail info@pghmedia.de

Anschriftenänderung Mitglieder:

Bitte an den zuständigen Bezirksverband senden.

Anschriftenänderung externe Bezieher:

Telefon 069 95737-126
Fax 069 95737-139
E-Mail grundstein@igbau.de

Fotos Seite 1 – 3

Martin Schwenninger | FM-Redaktion | Rolf Oeser | KI-generiert

Christian Beck



*Liebe Kolleg*innen, liebe Leser*innen,*

mit dieser Ausgabe der „Forstliche Mitteilungen“ verabschieden wir uns gleichzeitig von einem ereignisreichen Jahr 2025 und machen uns bereit für das Tarifjahr 2026.

Erst vor wenigen Tagen haben wir mit unseren Schwestergewerkschaften unsere Forderungen für die Tarifrunde der Länder veröffentlicht. Wir fordern: „Respekt für unsere Arbeit!“, und das zeigt sich nach unserer Auffassung in höheren Einkommen und einer Reihe von Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Wenn der öffentliche Dienst auch künftig ein attraktiver Arbeitgeber bleiben und im Wettbewerb um die besten Hände und Köpfe bestehen will, dann ist er gut beraten, wenn er sich sehr schnell auf uns zubewegt.

Gleichzeitig lässt uns die Weltklimakonferenz in Belém mit gemischten Gefühlen zurück. Die Abschlusserklärung war zwar keine Abkehr von einer internationalen Klimapolitik, aber Fortschritte hat sie auch nicht gebracht. Das macht uns deutlich, wie wenig sich Erkenntnis, politische Forderungen und konkretes Handeln decken. Wir können das beklagen oder unseren Beitrag dazu leisten, dass es besser wird. Mit unserer Kampagne WALD KLIMA SCHUTZ tragen wir dazu bei – nicht nur durch unsere Forderungen, zum Beispiel nach mehr Waldpädagogik und ausreichendem Fachpersonal, sondern auch durch eine Sensibilisierung für das Wesentliche: Unsere Wälder sind ein wesentlicher Bestandteil für mehr Klimaschutz – aber dafür braucht es Geld und Menschen, die in und mit unseren Wäldern arbeiten, sie pflegen und umbauen.

Und all das unter dem Eindruck von internationalen Krisen und nationalen Angriffen auf eine offene Gesellschaft, die auch uns treffen.

Wir haben 2026 viele Herausforderungen vor uns, die wir als Gewerkschaft bereit sind anzunehmen. Schlussendlich leisten wir damit nicht nur einen Beitrag zu einer besseren (Arbeits-)Welt, sondern auch zu mehr Gerechtigkeit in unserem Land. Und wir tun dies gegen alle Widerstände – auch die vom rechten Rand der Parteienlandschaft und der Gesellschaft; so wie es bei uns Tradition ist. Wie unsere Landesvertretungen und Fachgruppen in Bayern und Hessen dies umsetzen, lest Ihr in dieser Ausgabe.

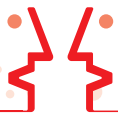
Trotz alledem wünsche ich Euch und Euren Familien ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest. Ich wünsche Euch, dass Ihr etwas Ruhe findet und wir so gestärkt in das neue Jahr gehen können.

Die Gesellschaft braucht uns und wir brauchen Euch.

Mit kollegialem Gruß

Christian Beck,
Mitglied des IG BAU-Bundesvorstands





Forstliche Forschungsanstalten formulieren 13 Thesen

Wälder stoßen an Grenzen

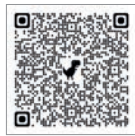
LWF Die zwölf Leiterinnen und Leiter der forstlichen Forschungsanstalten in Deutschland, der Schweiz und Österreich beziehen klar Stellung zum Thema Kohlenstoffbindung in Wäldern und in Holzprodukten: Der beste Klimaschutz ist eine markante Verringerung des anthropogenen Treibhausgasausstoßes.

Wälder können durch Kohlenstoffspeicherung im Wald und in Holzprodukten einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, wenn sie die Klimaveränderungen meistern können. In vielen Fällen ist dafür aktives Handeln wie die Stabilisierung bestehender Wälder, die Aufforstung neuer Wälder und eine nachhaltige Holzverwendung erforderlich.

Die wichtigsten Stichpunkte aus der Erklärung sind:

- Aktiver Waldumbau und nachhaltige Bewirtschaftung sichern langfristige Kohlenstoffbindung.
- Holzverwendung speichert Kohlenstoff und kann klimaschädliche Stoffe ersetzen.
- Nutzungsverzicht zum Aufbau des Waldkohlenstoffspeichers kann temporär in begrenztem Umfang funktionieren, ist im Klimawandel jedoch mit hohen Risiken verbunden.
- Nur vitale, klimaresiliente Wälder können ihren Beitrag zum Klimaschutz erfüllen.
- Wälder erbringen eine Vielzahl lebenswichtiger Ökosystemleistungen, von einer einseitigen Fokussierung auf die Kohlenstoffspeicherung wird abgeraten.
- Die Klimaschutzziele für den Land- und Forstsektor (LULUCF) müssen

überprüft und auf realistische Werte angepasst werden.



Der über folgenden QR-Code erreichbare Flyer fasst die Ergebnisse der Kohlenstofftagung sowie die 13 Thesen des Fachgremiums zusammen.

lwf.bayern.de



Projekt Outreach

Erfolgreiche Testphase im Mittelblock

kwf Das Projekt Outreach hat in Baden-Württemberg das neue Fäller-Vorrücke-Fahrzeug mit 20 Metern Reichweite erfolgreich im Wald getestet.

Das Projektkonsortium, bestehend aus der Hohenloher Spezialmaschinen GmbH, dem Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik e.V. und den Instituten für Mensch-Maschine-Interaktion und Strukturellen Leichtbau der RWTH Aachen University, wertet nun die im Einsatz gewonnenen Daten aus. Im Raum Ravensburg stellte ForstBW dem Projekt Testflächen bereit, auf denen die Maschine erprobt werden konnte. Die Outreach-Maschine soll den motormanuellen Zufäller im Mittelblock ersetzen, der bei 40 Metern Rückegassenabstand für Standard-Radharvester nicht erreichbar ist. So soll die unfallträchtige motormanuelle Arbeit ersetzt und die vollmechanisierte Holz-

ernte auch bei Rückegassen-Abständen von 40 Metern möglich werden. Ein HSM 405 H4 mit Verstellfelgen dient als Trägerfahrzeug. Der angebrachte Leichtbau-Ausleger wiegt über vier Tonnen, der zum Fällaggregat umgebaute Kopf – die Vorschubwalzen und deren Mechanik wurden entfernt – circa 850 Kilogramm. Ein eigener Fällkopf mit geringerem Gewicht ist in Entwicklung. Das Gesamtsystem kommt auf etwa 40 Tonnen. Trotz breit gestellter Felgen mit 3,4 Metern Breite geriet das System bei voller Auslage im rechten Winkel unter Last zuweilen an die Grenzen seiner Standfestigkeit.

Ein eigens entwickeltes Assistenzsystem hilft dem Fahrer durch mehrere Kamerasysteme und einen Spezialrechner mit Echtzeit-Bildverarbeitung, das Aggregat auch bei weiter Auslage im Blick zu behalten. Fahrer Charly Müllerschön fällt zur Übung zunächst einige Dutzend Fichten und Buchen mit einem Brusthöhen-

durchmesser bis zu 45 Zentimetern. Die Bäume werden nach dem Fällschnitt mit Unterstützung einer Seilwinde, die am Kranfuß und über dem Rotator angebracht und mit dem Ausle-



Die Outreach-Maschine mit ausgefahrenem Ausleger

ger koordiniert ist, vom Stock abgezogen und bis in die Reichweite eines Standardharvesters gezogen, der Entastung und Aufarbeitung übernimmt.

Auf einer weiteren Testfläche fällte und lieferte die Maschine circa 100 Festmeter Fichten und Laubhölzer vor, wobei Leistungsdaten und Schäden erfasst wurden. Einer ersten Auswertung zufolge wurden keine relevanten Schäden an Boden oder Bestand verursacht. Leistungsdaten werden in den Abschlussbericht einfließen, der Ende März 2026 fällig ist.


Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik e.V.



So einfach werde ich IG BAU-Mitglied
<https://igbau.de/mitglied-werden.html>



Bewerbungsphase für 2026 hat begonnen

Nationale Naturlandschaften  Die Bewerbungsphase für das Commerzbank-Umweltpraktikum 2026 ist gestartet.

Ab sofort können sich Studierende mit Naturbegeisterung für einen der 60 Plätze in 22 Nationalparks und Biosphärenreservaten bewerben. Die Frist läuft bis zum 15. Januar 2026. Bewerbungen sind online unter www.umweltpraktikum.com möglich. Während ihrer Praktikumszeit engagieren sich die Studierenden in der Umweltbildung oder in der Öffentlichkeitsarbeit. Sie leiten Führungen, organisieren und begleiten Veranstaltungen oder wirken in Naturschutzprojekten mit. Auch die Betreuung von Informationsständen gehört in ihren Verantwortungsbereich. Die Umwelt-Praktikant*innen sind Botschafter*innen für den Naturschutz und tragen zur Stärkung der Nationalen Naturlandschaften bei.

Alexandra Subke, Projektleiterin bei der Commerzbank, begründet das Engagement der Bank: „Mit dem Umweltpraktikum möchten wir Studierenden die Chance geben, Lernorte wie Nationalparks und Biosphärenreservate nicht nur kennenzulernen, sondern in eigenen Projekten aktiv Verantwortung zu übernehmen und wertvolle Impulse für die persönliche und berufliche Entwicklung zu erhalten.“

Für einen Praktikumsplatz bewerben können sich alle Studierenden, die sich für den Schutz von Natur, Klima und Artenvielfalt begeistern und Spaß am Umgang mit Menschen haben. Koordiniert wird das Praktikum von Nationale Naturlandschaften e.V., dem Dachverband der deutschen Nationalparke, Biosphärenreservate und Wildnisgebiete.

Andrea Hoffmann,
info@nationale-naturlandschaften.de



Anwenderschutz bei Pflanzenschutzarbeiten

Jeder Tropfen ist zu viel



Interview mit Frank Gutheil, Bereichsleiter Prävention der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG), zu Präventionsmaßnahmen im Anwenderschutz zur Verhinderung der Berufskrankheit „Parkinson durch chemische Pflanzenschutzmittel“.



Das ausführliche Interview unter nebenstehendem QR-Code:

SVLFG



Anzeige

UNSERE SEMINARE FÜR BETRIEBSRÄTE UND BILDUNGSURLAUB 2026 SIND ONLINE!

@ www.vlf-kassel.de

✉ Info@vlf-kassel.de

☎ 05 61/9 35 41-0

**JETZT
ANMELDEN!**





Ost-West-Angleichung rückt deutlich in den Vordergrund

„Wir machen Tarif!“



Die Bundestarifkommission Forstwirtschaft der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) traf sich Anfang November in Steinbach getroffen, um die Forderungsempfehlung für die anstehende Tarifrunde zu beschließen.

Zunächst wurden die Bundestarifkommission, die Vertreter*innen der TV-L-Beschäftigten und die Beamtenvertreterin durch das neue für die Branche Forst zuständige Bundesvorstandsmitglied, Christian Beck, und Tarifreferent Michael Schmitt begrüßt. Dabei machte Christian Beck deutlich, wie wichtig ihm der Einstieg in diese Tarif- und Besoldungsrunde sei und welchen hohen Stellenwert diese Tarifaufeinandersetzung für die IG BAU insgesamt hat.

Tatsächlich kommt die Tarif- und Besoldungsrunde 2025/2026 für die Beschäftigten der Länder so langsam ins Rollen. Nachdem in den Bundesländern intensiv mit unseren Kolleg*innen die anstehenden Themen und die sich daraus ergebenden Forderungen diskutiert wurden, war nun die formelle Gremienarbeit an der Reihe. Es galt, die Vorstellungen, die in den Ländern entwickelt wurden, nach Steinbach zu tragen und dort zu einer Forderungsempfehlung der IG BAU zusammenzufügen. Neben den Lohnforderungen rückte für die Anwesenden erneut die Ost-West-Angleichung deutlich in den Vordergrund. Es ist nicht nachvollziehbar, dass nach 35

Jahren Wiedervereinigung noch immer tarifliche Unterschiede zwischen Ost und West bestehen. Die IG BAU steht für die Angleichung der Tarifregelungen und ist sich ihrer politischen Verantwortung bewusst, die durch eine bundesweite Solidarität getragen wird.

Im Bereich der Lohnforderungen wurde eine Aufwertung der unteren Entgeltgruppen für notwendig erachtet. Als geeignetes Instrument wurde eine Festbetragslösung gesehen. Die Bundestarifkommission hielt eine Erhöhung von 350 Euro für angemessen.

In der vergangenen Tarifrunde von Bund und Kommunen war dies ebenfalls durch einen Mindestbetrag etwas abgeschwächt in den Tarifabschluss eingeflossen. Der Mindestbetrag garantiert, eine Erhöhung um einen festgelegten Betrag. Im Ergebnis hat die Sitzung der ver.di-BTK öffentlicher Dienst am 17. November unter Beteiligung der GEW, GdP und IG BAU zur Entgeltentwicklung beschlossen, dass die Tabellenentgelte um sieben Prozent, mindestens aber um 300 Euro monatlich, bei einer Laufzeit von 12 Monaten erhöht werden sollen. Wir lagen also nah an der

aktuellen Forderung und können uns darin wiederfinden.

Die Ausbildungsvergütungen sollen um 200 Euro pro Monat erhöht werden.

Neben den Forderungen, die eine Reaktion auf die gekündigten Bestandteile darstellen, hat die Tarifkommission auch Erwartungen an die Arbeitgeber formuliert. Dabei spielte die Einführung einer Mitgliedervorteilsregelung für Gewerkschaftsmitglieder eine Rolle. Die Mitgliedschaft soll sichtbar einen Vorteil bringen und damit die Trittbrettfahrer*innen in den Betrieben zum Nachdenken animieren. Ein zusätzlicher Urlaubstag wäre hier ein Anfang.

Auch die bereits angesprochene Ost-West-Angleichung wurde aufgegriffen.

Ein weiterer Hauptpunkt neben dem Lohngefüge stellt für die Bundestarifkommission die Einführung der stufengleichen Höhergruppierung dar. Dies ist ein wesentlicher Nachteil des TV-L für die Beschäftigten, der beseitigt werden muss. Ebenso wird die Tarifierung der Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten, insbesondere ein einheitliches Mindeststundenentgelt, gefordert (siehe auch Seite 10).

Diese Tarifrunde steht unter dem Motto „Anschluss halten an Bund und Kommunen“. Und ich denke, die entwickelten Forderungen tragen dem Rechnung. Wenn ich die in Steinbach von uns entwickelte Forderungsempfehlung neben die tatsächlich beschlossene Forderung in der großen Runde bei ver.di lege, so erkennen wir große Schnittmengen“, sagte der Bundesfachgruppenvorsitzende. Weitere Informationen sind der Tarifinformation der IG BAU zur Forderung der Tarif- und Besoldungsrunde 2025/2026 Länder (TdL) zu entnehmen.

Also: „Auf geht’s, Anschluss halten!“

*Peter Wiese, Bundesfachgruppenvorsitzender
Michael Schmitt, IG BAU-Forsttarifexperte*

Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst der Länder | Beschäftigte ...

... wollen mehr Geld zum Leben!



Faire, auskömmliche Einkommen und gute Arbeitsbedingungen bilden den Schwerpunkt in der Tarif- und Besoldungsrunde 2025/2026 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder (außer Hessen). Unsere Mitglieder stehen täglich vor der großen Herausforderung, ihre Lebenshaltungskosten zu stemmen, jetzt braucht es

reale Einkommensverbesserungen.

Dazu hat die IG Bauen-Agrar-Umwelt mit den Schwestergewerkschaften am 17. November 2025 die gemeinsamen Forderungen auf den Weg gebracht.

Respekt für unsere Arbeit! Unsere Forderungen:

- Die Tabellenentgelte sollen um sieben Prozent, mindestens aber um 300 Euro monatlich erhöht werden.
- Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikant*innen um 200 Euro monatlich.
- Die Laufzeit soll zwölf Monate betragen.
- Erhöhung aller Zeitzuschläge um 20 Prozentpunkte sowie Ausgleich auf

Basis der individuellen Stufe, mindestens aber der Stufe 3.

- Unbefristete Übernahme in Vollzeit der Auszubildenden und dual Studierenden nach erfolgreich abgeschlossenem Ausbildungs-/Studienverhältnis. Die Übernahme soll im erlernten Beruf erfolgen.
- Tarifierung der Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten, insbesondere ein einheitliches Mindeststundenentgelt von 17 Euro im ersten Jahr der Beschäftigung, ab dem zweiten Jahr: 18 Euro und ab dem dritten Jahr: 19 Euro (Beginn ab dem 1. Arbeitsvertrag) sowie einer Mindestvertragslaufzeit von 24 Monaten für jeden einzelnen Vertrag und einen Mindeststundenumfang von 40 Stunden/Monat (Unterschreitung auf Antrag der*des Beschäftigten möglich).

Erwartungen an die Arbeitgeber:

- Angleichung der Arbeitsbedingungen Ost an West, insbesondere Vereinheitlichung der Regelung zur ordentlichen Unkündbarkeit und Angleichung der Arbeitszeit an Unikliniken.

- Erhöhung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen im Länderbereich, insbesondere bei der stufengleichen Höhergruppierung und der Wechselschicht- und Schichtzulage durch Angleichung an die Regelungen im TVöD.
- Ein zusätzlicher freier Tag für Gewerkschaftsmitglieder.
- Einführung eines Sonderkündigungsrechts der Sonderregelungen für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienstes.
- Einstieg in Verhandlungen zur Reform der Entgeltordnung Länder.
- Umsetzung der Verhandlungszusage aus 2019 zur vollständigen Einführung der Paralleltabelle für angestellte Lehrkräfte.
- Zuordnung nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung/des Studiums in Stufe 2 der jeweiligen Entgeltgruppe.
- Mobilitätzuschuss als Wahlmodell (Übernahme des Deutschlandtickets oder Übernahme der Tankkosten (Tankzuschuss) in Höhe von 50 Euro.
- Tarifierung der praxisintegriert dual Studierenden.
- Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamt*innen sowie Versorgungsempfänger*innen der Länder und Kommunen.



Die Verhandlungstermine

- 3. Dezember 2025**
Auftaktverhandlung,
- 15. und 16. Januar 2026**
Zweite Verhandlungsrunde,
- 11. und 12. Februar 2026**
Dritte Verhandlungsrunde.

IG Bauen-Agrar-Umwelt – die Forstgewerkschaft. Eine starke Gemeinschaft für die Beschäftigten und Beamtinnen/Beamten in Forst und Naturschutz.

*IG Bauen-Agrar-Umwelt, Bundesvorstand
Vorstandsbereich Stellvertretender Bundesvorsitzender
Finanzen – Forst und Agrar*

Tarifentwicklung öffentlicher Dienst – Bundesforst | Erste Schritte zu mehr Personalbindung und -gewinnung

Attraktivitätspaket für Beschäftigte



Auf dem Weg zu attraktiveren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten des Bundes, die Tätigkeiten in der Waldarbeit ausüben, hat sich die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Anfang November mit dem Bundesinnenministerium und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), Sparte Bundesforst, auf ein Attraktivitätspaket verständigt. Vorausgegangen war ein langer schwieriger Abstimmungsprozess, der sich über zwei Jahre hingezogen hat.

Zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität ist die Einigung vom 4. November 2025 ein erster wichtiger Schritt. Zur Personalbindung und -gewinnung sowie zur Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Arbeitgeber in der Forstwirtschaft bedarf es jedoch weiterer stetiger tariflicher und betrieblicher Anstrengungen.

Das haben wir erreicht:

- Die tarifliche Definition zum Arbeitszeitbeginn wird konkretisiert. Danach beginnt die tägliche Arbeitszeit zu dem Zeitpunkt, zu dem die/der Beschäftigte die vertraglich geschuldete Tätigkeit gemäß Arbeitsauftrag an der vom Arbeitgeber bestimmten Arbeitsstelle aufnimmt. Die Arbeitszeit endet zu dem Zeitpunkt, zu dem die Tätigkeit an der vom Arbeitgeber bestimmten letzten Arbeitsstelle beendet wird. Beschäftigte erhalten für die Vor- und Nachbereitung an dienstlichen Werkzeugen und Gerätschaften am Sammelplatz eine arbeitstägliche Zeitgutschrift von zwölf Minuten zusätzlich zur täglichen Arbeitszeit, die dem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben wird.
- Das Fahren von Betriebsfahrzeugen ist Arbeitszeit.
- Das Mitfahren von Beschäftigten in Betriebsfahrzeugen zur ersten und

von der letzten Arbeitsstelle ist grundsätzlich keine Arbeitszeit. Sofern die Fahrzeit jedoch eine Stunde überschreitet, werden 25 vom Hundert der überschreitenden Fahrzeiten dem Arbeitszeitkonto als Ausgleich gutgeschrieben.

Beispiel: Beträgt die Fahrzeit an einem Arbeitstag vom Sammelplatz zur ersten Arbeitsstelle und zurück jeweils 50 Minuten, werden 25 vom Hundert der eine Stunde überschreitenden Fahrzeit von insgesamt 40 Minuten dem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben. Die Gutschrift beträgt zehn Minuten.

- Die tägliche Fahrzeit vom Sammelplatz zur ersten Arbeitsstelle und von der letzten Arbeitsstelle zurück zum Sammelplatz soll insgesamt drei Stunden nicht überschreiten.
- Die bisherige Schießplatzzulage wird in eine pauschale Erschwerniszulage umgewandelt und aufgrund besonderer Gefahren und der Erschwernisse auf ehemaligen und aktiven militärischen Liegenschaften sowie bei Arbeiten mit gesamtstaatlicher Zweckbestimmung (zum Beispiel Bundesprogramme) allen Beschäftigten gezahlt. Die Zulage beträgt monatlich 70 Euro.
- Beschäftigte erhalten zukünftig für den

Einsatz des privaten Kraftfahrzeugs auf aktiv und ehemals militärisch genutzten Liegenschaften aufgrund der regelmäßig schlechten Wegeverhältnisse ab der Liegenschaftsgrenze zusätzlich zur bestehenden Entschädigung in Höhe von 0,30 Euro einen Aufschlag von 0,20 Euro pro gefahrenen Kilometer.

- Für Maschinenfahrer*innen werden die Tätigkeitsmerkmale dahingehend neu geordnet, dass für die Eingruppierung in die Entgeltgruppen 7 und 8 zukünftig eine abgeschlossene Fortbildung zum/zur geprüften Forstmaschinenfahrer*in oder vergleichbare Abschlüsse sowie die Fahrerlaubnis der Klasse T erforderlich sind.

Das Bedienen von Schleppern mit Forstausrüstung und Warten sowie Durchführen kleinerer Reparaturen führt zur Eingruppierung in die Entgeltgruppe 7. Damit werden zukünftig auch Anbaugeräte beziehungsweise Tätigkeiten erfasst, die bisher der Entgeltgruppe 6 zugeordnet waren. Die Eingruppierung in die Entgeltgruppe 8 setzt das Bedienen von Harvestern, Kranrückezügen, Systemschleppern (neu) oder mobilen Seilkrananlagen voraus. Maschinenfahrer*innen, die vor dem

im Bundesforst

1. Januar 2024 schon Tätigkeiten der Entgeltgruppen 7 und 8 ausgeübt haben, bleiben auch ohne die vorgenannten Fortbildungen den Entgeltgruppen zugeordnet.

Die bisherige Entgeltgruppe 6 Fallgruppe 4 wird unverändert als Fallgruppe 5 fortgeführt.

- Die Entgeltgruppe 6 wird um eine neue Fallgruppe 4 ergänzt. Das neue Tätigkeitsmerkmal ermöglicht Beschäftigten mit abgeschlossener Ausbildung zum/zur Forstwirt*in nach mindestens achtjähriger einschlägiger Berufserfahrung und dem Nachweis über besondere Kenntnisse in den aufgaben- und kundenspezifischen Tätigkeitsfeldern den Aufstieg in die Entgeltgruppe 6. Besondere Kenntnisse sind Kenntnisse aus den Bereichen der teilautonomen Waldarbeit, der Verkehrssicherung, des Natur- und Umweltschutzes oder des Funktionswaldbaus. Aus den vier Fortbildungsbereichen muss der Beschäftigte mindestens drei Lehrgänge absolviert haben. Die Lehrgänge sind jeweils durch eine erfolgreich abgeschlossene Fortbildung oder durch das Bestehen der entsprechenden Prüfungen nachzuweisen.

Dazu werden dem Beschäftigten innerhalb der ersten acht Jahre seiner Beschäftigungszeit die erforderlichen Lehrgänge angeboten.

Für Beschäftigte, die die zeitlichen Voraussetzungen am 1. Januar 2026 schon erfüllt haben, wird die BlmA nach schnellstmöglicher Einführung der Fortbildungslehrgänge, die Beschäftigten nach Priorität fortbilden, um einen zeitnahen Aufstieg in die

Entgeltgruppe 6 zu ermöglichen. Rentennahe Beschäftigte sollen zunächst bevorzugt fortgebildet werden.

Aufgaben- und kundenspezifische Tätigkeitsfelder im Sinne des Tätigkeitsmerkmals sind zum Beispiel die Betreuung von militärisch oder ehemals militärisch beziehungsweise durch andere Bundesressorts oder Bundesinstitute genutzten Liegenschaften sowie von Flächen des Nationalen Naturerbes, Arbeiten entlang von Bundeswasserstraßen und die Herrichtung und Pflege von Kompensationsmaßnahmen.

Fazit:

Auch wenn wir nicht alle unsere Vorstellungen zur Attraktivitätssteigerung umsetzen konnten, so ist der Kompromiss ein wichtiger Schritt hin zur Attraktivitätssteigerung.

Dies insbesondere, da die Arbeitgeber ein Bauhofmodell – die Arbeitszeit beginnt und endet am WAG-Stützpunkt/Sammelplatz – sowie eine deutlich höhere Anerkennung von Fahrzeiten als Arbeitszeit kategorisch abgelehnt haben.

Auch auf grundsätzliche Ablehnung gestoßen ist eine pauschale Aufwertung der Tätigkeiten von Forstwirt*innen durch Hö-

hergruppierung aller Beschäftigten in die Entgeltgruppe 6 sowie die Verbesserung von Eingruppierungsmerkmalen für Forstwirtschaftsmeister*innen. Hier hatten die Beschäftigten deutlich mehr Entwicklung erwartet.

Trotzdem ist das Verhandlungsergebnis ein Erfolg, da es uns gelungen ist, im ungekündigten Zustand die positiven Entwicklungen am Verhandlungstisch durchzusetzen. Im Ergebnis bleibt es aber nur ein erster Schritt auf dem Weg zu mehr Arbeitgeberattraktivität sowie mehr Personalbindung und -gewinnung.

Es gilt nun, den begonnenen Prozess im Interesse der Beschäftigten und dem Bundesforst tariflich und auch betrieblich weiterzuführen.

Wir, die IG BAU, stehen zur Verfügung, den Prozess gemeinsam mit dem Bundesforst konstruktiv fortzusetzen, damit sich die Beschäftigten des Bundesforstes immer weniger als Beschäftigte „zweiter Klasse“ in der BlmA fühlen.

IG Bauen-Agrar-Umwelt – die Forstgewerkschaft. Eine starke Gemeinschaft für die Beschäftigten und Beamtinnen/Beamten in Forst und Naturschutz.

*IG Bauen-Agrar-Umwelt, Bundesvorstand
Vorstandsbereich Stellvertretender Bundesvorsitzender
Finanzen – Forst und Agrar*





Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst Land Hessen | Entgelterhöhung steht im Vordergrund!

IG BAU fordert sieben Prozent, minde



In der Tarif- und Besoldungsrunde 2026 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in

Hessen geht es um faire und auskömmliche Einkommen sowie gute Arbeitsbedingungen. Die weiterhin hohen Lebenshaltungskosten stellen unsere Mitglieder täglich vor große Herausforderungen.

Am 24. November 2025 hat dazu die IG Bauen-Agrar-Umwelt mit den Schwestergewerkschaften ver.di, GEW und GdP die gemeinsamen Forderungen beschlossen.

Respekt für unsere Arbeit! – Unsere Forderungen:

- Die Tabellenentgelte sollen um sieben Prozent, mindestens aber um 300 Euro monatlich und die Entgelte für Auszubildende und Praktikant*innen um monatlich 200 Euro erhöht werden. Laufzeit: zwölf Monate.
- Die Vorschriften zur Übernahme von Auszubildenden sind zu verlängern und so zu ändern, dass Auszubildende nach bestandener Prüfung ohne Notenbezug und ohne Ausschlussgründe unbefristet übernommen werden.
- Einbeziehung der studentischen Beschäftigten in den Geltungsbereich des TV-H.

Erwartungen an die Arbeitgeber:

- Erhöhung der Jahressonderzahlung auf 100 Prozent des Monatsentgeltes.
- Einen zusätzlichen Urlaubstag für Gewerkschaftsmitglieder.
- Evaluierung der schuldrechtlichen Vereinbarung zur Befristungspraxis bei den Hochschulen und Maßnahmen zur verbindlichen Umsetzung.
- Wohnzuschuss für Auszubildende und Praktikant*innen in Höhe von 50 Euro monatlich.
- Evaluierung und Überarbeitung der Eingruppierung von Lehrkräften.
- Erhöhung der Zeitzuschläge gemäß Paragraph 8 Absatz 1 um 20 Prozentpunkte.



Auszubildende beim Freimähen einer Eichenkultur

- Einführung eines Gefahrenzuschlags für Tätigkeiten in der Verkehrssicherung und Holzernte im Laubholz, die unter den besonderen Bedingungen des Klimawandels besonders gefährlich sind. Der Zuschlag soll zwei Euro pro Arbeitsstunde betragen.
- Zur Fortbildung von Forstwirtschafts-



Wie geht es weiter?

Die Verhandlungstermine:

- 27. Februar 2026**
Erste Verhandlungsrunde,
- 9. und 10. März 2026**
Zweite Verhandlungsrunde,
- 26. und 27. März 2026**
Dritte Verhandlungsrunde.

stens 300 Euro



Foto: FM-Redaktion

meister*innen soll die Lohnfortzahlung von 80 auf 100 Prozent aufgestockt werden, und für die wöchentliche An- und Rückreise zu Fortbildungslehrgängen soll der Beschäftigte zukünftig Kraftfahrzeugentschädigung erhalten.

- Zur Teilnahme an überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen und zum

Besuch einer auswärtigen Berufsschule sind die notwendigen Fahrtkosten nach den Regelungen für die unter den TV-Forst Hessen fallenden Beschäftigten des Ausbildenden zu erstatten.

- Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamt*innen, Anwärter*innen und

Versorgungsempfänger*innen des Landes und der Kommunen.

IG Bauen-Agrar-Umwelt – die Forstgewerkschaft. Eine starke Gemeinschaft für die Beschäftigten und Beamtinnen/Beamten in Forst und Naturschutz.

*IG Bauen-Agrar-Umwelt, Bundesvorstand
Vorstandsbereich Stellvertretender Bundesvorsitzender
Finanzen – Forst und Agrar*

Beamten/Beamte und Angestellte in Forst und Naturschutz

Aktiv für die Mitglieder der IG Bau



Baden-Württemberg

☎ 07661 9754902
☎ 0172 2706381
@ matthias.wieners@web.de



Ansprechpartner ► **Matthias Wieners**



Mecklenburg-Vorpommern

☎ 0170 3818180
@ norbertwolfram@aol.com



Vorsitzender ► **Norbert Wolfram**



Bayern

☎ 08082 948019
☎ 0157 73047201
@ aj.schlegel@hotmail.de



Vorsitzender ► **Andreas Schlegel**



Niedersachsen/Bremen

☎ 05573 218
☎ 0170 3300956
@ peter.martensen@nfa-dassel.niedersachsen.de



Vorsitzender ► **Peter Martensen**



Berlin

☎ 0171 3356501
@ marc.franusch@online.de



Vorsitzender ► **Marc Franusch**



Nordrhein-Westfalen

☎ 0151 65906936
@ peter.wicke@forst.igbau.nrw



Vorsitzender ► **Peter Wicke**



Brandenburg

☎ 0151 61077263
@ phillipweiss.igbau@gmail.com



Vorsitzender ► **Phillip Weiß**



Rheinland-Pfalz und Saarland

☎ 0179 7407877
@ daisy.liebau@gmail.com



Vorsitzende ► **Daisy Liebau-Plath**



Hessen

☎ 0160 4708084
@ Bernd.Riehm@forst.hessen.de



Vorsitzender ► **Bernd Riehm**



Sachsen

☎ 0162 2794547
@ mischeroel@gmx.de



Vorsitzender ► **Michael Kiesel**

en-Agrar-Umwelt



Sachsen-Anhalt

☎ 0171 6850975
@ moritz.grafe@igbau.de



Ansprechpartner ► **Moritz Grafe**



Schleswig-Holstein/Hamburg

☎ 04556 1221
☎ 0172 3169407
@ reinhard.schulte1@gmx.de



Vorsitzender ► **Reinhard Schulte**



Thüringen

☎ 03675 706168
☎ 0171 8367288
@ 10-er@gmx.de



Vorsitzender ► **Uwe Zehner**



Kampagnenleiter WALD KLIMA SCHUTZ

Forst und Naturschutz
☎ 0171 3080706
@ simon.horstmann@igbau.de



Simon Horstmann



IG Bauen-Agrar-Umwelt

**IG Bauen-Agrar-Umwelt
Bundesvorstand
Stellvertretender Bundesvorsitzender**
Finanzen – Bildung – Forst und Agrar
Olof-Palme-Straße 19 | 60439 Frankfurt am Main



Mitglied des IG BAU-Bundesvorstands

Finanzen – Bildung – Forst und Agrar
☎ 069 95737-500
☎ 069 95737-509
@ christian.beck@igbau.de



Christian Beck

Vorsitzender

Bundesvertretung
☎ 033201 4452-40
☎ 0173 2078016
@ joerg.mueller@lfb.brandenburg.de



Jörg Müller

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

Daisy Liebau-Plath | Andreas Schlegel (beide siehe links)

Fachreferent

Forst
☎ 069 95737-667
☎ 0171 9544203
@ michael.schmitt@igbau.de



Michael Schmitt

Sekretariat Forst

☎ 069 95737-651
☎ 069 95737-659
@ bianca.miksch@igbau.de
forstpolitik@igbau.de



Bianca Miksch

Sekretariat Forst

☎ 069 95737-517
☎ 069 95737-659
@ irina.haupt@igbau.de
forstpolitik@igbau.de



Irina Haupt

Redakteur

„Forstliche Mitteilungen“
☎ 06661 6004710
☎ 0151 23597920
@ fm-redaktion@igbau.de



Siegfried Walz

Fotos: FM-Redaktion | IG BAU | privat | Studio 11 Fotografie | Rolf Oeser

Bundesvertretung: Ansprechpartner*innen



Wo ist hier die Steckdose?

Akkugeräte werden im Wald von Fo

Bei Heimwerkern sowie im Garten- und Landschaftsbau haben akkugespeiste Motorgeräte längst einen festen Platz im Arbeitsumfeld erobert und sind dort etabliert. Beim professionellen Einsatz im Wald spielten sie bis dato noch eher eine Nischenrolle. Hauptgründe dafür waren die kurze Laufzeit der Akkus und die fehlende Ladeinfrastruktur.

ForstBW hat nunmehr in einer Entwicklungspartnerschaft gemeinsam mit der Firma Stihl eine Ladeinfrastruktur entwickelt, die es ermöglicht, eine Waldarbeitergruppe von vier bis fünf Forstwirt*innen ganztägig mit geladenen Akkus für die Waldarbeit zu versorgen. Bei einem

Ortstermin im Forstbezirk Südschwarzwald wurde die neue Infrastruktur und die damit verbundenen Änderungen in Arbeitsabläufen der Öffentlichkeit vorgestellt.

Künftig sollen bei Pflegearbeiten die Regearbeitskräfte von ForstBW mit vom

Betrieb gestellten akkubetriebenen Geräten die Arbeiten durchführen. Schwerpunkt sind Arbeiten mit Freischneidern, Heckenscheren, Pflegelanzen und Motorsägen in schwachen Holzdimensionen. Verbunden damit sind bekannte Vorteile für die Waldarbeiter. Weniger Lärm, keine Abgase, weniger Vibrationen und weniger Gewicht bei den Geräten und je nach Gerät auch bei der Arbeitskleidung sprechen für sich.

Keine Frage, dass die beim Pilotprojekt beteiligten Forstwirte von den Geräten und Verfahren überzeugt und voll des Lobes sind. Simon Boll vom Stützpunkt Bonndorf ist begeistert vom Ein-



ForstBW zur Standardausrüstung

satz der akkubetriebenen Pflegelanze, die ihm bei der Dickungspflege nicht nur das lästige Bücken abnimmt, sondern er auch nicht mehr in einer Abgaswolke arbeiten muss. „Ich freue mich, dass bei diesem Gerät auch noch das Tragen der schweren Schnitzschutzhose wegfällt und ich mit normalen Wanderschuhchen arbeiten kann. Das bringt zwei Kilogramm weniger an Arbeitskleidung“, unterstreicht Forstwirt Simon Boll die Vorteile der Ausrüstung. Vorstandsvorsitzender Max Reger von ForstBW betont die hohe Priorität von Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Zielhierarchie des Betriebes. „Wo immer es möglich ist, versuchen wir, unseren Forstwirt*innen die Arbeit so angenehm wie möglich und belastungsarm zu gestalten“, so Reger.

Bei allem Lob bleibt die Frage, wie kommt der Strom für die Akkus in den Wald? Bei einer Laufzeit von circa 20 Minuten unter Volllast bei einer Motorsäge müssten die Waldarbeiter für einen Arbeitstag eine ganze Menge an schweren, geladenen Akkus für einen Arbeitstag mitschleppen. Klar, dass dies für die Umsetzung im Arbeitsalltag im Wald keinen Sinn macht. Die Lösung ist letztlich denkbar einfach aber auch technisch anspruchsvoll. In einem Pkw-Anhänger mit eingebauter Ladeinfrastruktur können tagsüber die leeren Akkus aufgeladen und gegen volle Akkus getauscht werden. Über im Hänger eingebaute Batteriespeicher, die wie eine große Powerbank fungieren, wird der benötigte Strom bereitgestellt. Die Powerbank kann dann ohne Umbauarbeiten an jeder beliebigen Steckdose mit 220



Dominik Saladin freut sich über die gute Akzeptanz akkubetriebener Geräte.

Fotos: Martin Schwenninger

Volt eingesteckt und über Nacht wieder aufgeladen werden. Die IG BAU begrüßt den Schritt von ForstBW, hier einen wichtigen Schritt zur Arbeitserleichterung für die Beschäftigten unternommen zu haben. Beinahe untergegangen wäre bei dem Termin, dass mit der

Einführung der Akkutechnik sozusagen im Schlepptau die Gestellung aller Arbeitsgeräte verbunden sein wird. Damit kommt ForstBW auch der langjährigen Forderung der IG BAU zur Gestellung der Motorsägen für ihre Beschäftigten in naher Zukunft nach.

Martin Schwenninger



Forstpolitische Veranstaltung der IG BAU-Landesvertretung und Fachgruppe Bayern

„Zukunftssicherung und Klimawald

Am 7. November lud die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Vertreter*innen aus der Politik und der Forstbranche zu einem Austausch nach Beilngries im Altmühltal ein. Andreas Schlegel, Vorsitzender der Landesvertretung, bezog sich in der Begrüßung auf die Ergebnisse der Bundeswaldinventur 2022.

Diese zeigen, wie stark der Klimawandel den Wald bereits jetzt schon verändert hat. Die Beschäftigten spüren das durch steigende Arbeitsbelastung und durch eine steigende Nachfrage seitens der Waldbesitzer*innen nach Unterstützung.

Nachstehende Faktoren beeinflussen zusätzlich unsere Arbeit:

- Der immer noch viel zu starke Wildverbiss in weiten Teilen Bayerns, der dafür sorgt, dass viele unserer Bemühungen für den Waldumbau ins Leere laufen.
 - Steigende Anforderungen seitens der Gesetzgeber (Entwaldungs-, Wiederherstellungs-VO).
 - Steigende Anforderungen seitens der Bürger*innen an ihren Wald (Mountainbiker, Waldpädagogik et cetera).
- Waldumbau im Klimawandel ist Daseinsvorsorge. Das angekündigte Stellenmoratorium für den Doppelhaushalt 2026/27 und das Vorhaben der Staatsregierung, innerhalb der nächsten 14 Jahre 10 000 Planstellen im öffentlichen Dienst zu streichen, erinnert an Zeiten massiver Personaleinsparungen. 2017 wurden uns mit der Waldumbauoffensive 2030 von der Staatsregierung 200 neue Stellen für die Forstverwaltung bis 2030 zugesagt, von denen bisher 146 Stellen realisiert wurden. Welchen Stellenwert Zukunftssi-

cherung und Daseinsvorsorge für unsere Staatsregierung haben, wird auch Thema dieser Veranstaltung sein.

Professor Dr. Andreas Bolte, Leiter des Thünen-Instituts für Waldökosysteme, zog in seinem Hauptvortrag aus der BWI klare Schlussfolgerungen: Deutschlands Wälder benötigten einen Umbruch – weg von labilen Reinbeständen, hin zu klimangepassten, vielfältigen Mischwäldern. Auch die Fichte behält weiter ihre Bedeutung als Kohlenstoffspeicher im Holzbau. Die Wälder haben seit 2018 gelitten. Seit 2022 bewegt sich die Front flächiger Schäden nach Süden. Dort stehen in Bayern und Baden-Württemberg 65 Prozent der aktuellen Fichtenvorräte Deutschlands. Als Konsequenz fordert Andreas Bolte, den Waldschutz zu verstärken, die Durchführung einer Risikoanalyse und den verstärkten Umbau in Mischwälder. Den bundesweiten jährlichen Umbaubedarf bezifferte er auf 100 000 Hektar. Die Zunahme der Walddynamik bedingt eine weitere Steigerung durch aktive Verjüngung. Die Verjüngungsfläche ist im Durchschnitt auf circa 36 000 Hektar pro Jahr angestiegen.

Neben der Buche hat auch die Fichte einen hohen Anteil an der Verjüngung. Wichtige nicht-heimische Baumarten in der Hauptbestockung sind neben der Douglasie, der japanischen Lärche und der Roteiche auch die Robinie und die

spätblühende Traubenkirsche. Während die Dgl., Jlä, REi nicht invasiv weiterhin aktiv verwendet werden, muss der Umgang mit Robinie und spätblühender Traubenkirsche vor allem in Norddeutschland diskutiert werden.

Der Holzvorrat ist nach einem Anstieg bis 2017 wieder auf das Niveau von 2012 gesunken. Eine Vorratsnachhaltigkeit sieht Bolte als problematisch. Eine aktive Anpassung der Bestände an den Klimawandel muss zulasten des Vorrats gehen.

Der hohe Totholzvorrat ist besonders durch die Waldschäden seit 2018 geprägt, hat sich in fortgeschrittenen Zersetzungsstadien aber nicht nennenswert erhöht. Die Zielkonflikte zwischen Totholzerhaltung und Nutzungswünschen müssen gelöst werden. Dazu gehört auch die Arbeitssicherheit.

Personelle Ressourcen entscheidend

Kernaussage des Vortrags: Damit die Wälder widerstandsfähiger und wieder zu einer Kohlenstoffsенке werden und zum Klimaschutz beitragen, müssen risikoreiche Reinbestände konsequent in Mischwälder umgewandelt werden. Entscheidend dafür sind ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen. Trotz aller Fortschritte beim Waldumbau reicht das Tempo bislang nicht aus, um die Wälder ausreichend schnell an die hohe Dynamik des Klimawandels anzupassen. Für die einzelnen Standorte muss das passende Management gefunden werden. Risikoreiche Fichtenbestände mit sehr begrenztem Anpassungspotenzial sollten zügig umgebaut werden. Vielfältige Mischbestände kann man dafür stärker der natürlichen Anpassung überlassen.

mit Fachkräften fair gestalten!“



Von links: Professor Dr. Andreas Bolte, Christian Beck, Andreas Schlegel, Walter Nussel, Christiane Feichtmeier, Roland Weigert, Mia Goller, Friedrich Nebl, Bernhard Breitsameter und Manfred Kröninger

Christiane Feichtmeier, forstpolitische Sprecherin der SPD, fordert die weitere Schaffung der noch ausstehenden 54 Stellen für die Forstverwaltung wie im bisherigen Umfang, vor allem im Bereich des forstlichen Außendienstes auf der Fläche. Die Stellenbefristungen im Rahmen der Initiative Zukunftswald Bayern (IZW) müssen entfristet werden. Zu kurze Einsätze und zu häufige Personalwechsel haben zu Reibungsverlusten geführt. Die 2021 nach der Landtagsanhörung für die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) festgelegte Beschäftigtenzahl ist wegen des Ausbaus weiterer Geschäftsfelder wie Windkraft, Ökokontoausbau und Stille Wälder nicht mehr ausreichend. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass sehr viel eigenes Personal kurzfristig in den Schadensregionen aushalf. Mit Fremdpersonal wäre dies unmöglich gewesen, da diese Fachkompetenzen am freien Markt nicht abgreifbar gewesen wären.

Landtagsabgeordnete **Mia Goller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) möchte in der Forstbranche ein Umfeld schaffen, in dem Beschäftigte gerne arbeiten. Dafür ist ausreichend Personal Grundvoraussetzung. Ebenfalls wichtig ist die Glaubwürdigkeit der Politik. Wenn Fördermittel plötzlich drastisch gekürzt werden, wie es gerade im Vertragsnaturschutzprogramm Wald passiert, dann ist die Glaubwürdigkeit bei Waldbesitzer*innen in Gefahr, was sich auch negativ auf die Arbeit der Beschäftigten der Forstverwaltung auswirken werde. Auch die Förderung für Holzbau darf nicht eingestellt werden. Das Signal „der Topf ist leer“ wird sich desaströs auswirken auf die Bemühungen, öffentliche Gebäude klimafreundlich mit Holz zu bauen. Extrem schädlich findet Goller die Tatsache, dass die Gleichstellungsberichte dem Bürokratieabbau zum Opfer fallen. Der Gleichstellungsbericht erscheint bisher alle fünf Jahre und zeigt, wie viele

Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst arbeiten. Die Staatsregierung will ihn abschaffen. Goller warnt, ohne ihn gebe es keine belastbaren Daten mehr über die Situation in der Staatsverwaltung. „Die Gleichstellung ist immer noch ein zartes Pflänzchen, das gepflegt werden muss“, so Goller.

Landtagsabgeordneter **Walter Nussel** (CSU) sieht in der Digitalisierung und in dem Einsatz von KI wichtige Möglichkeiten, die Beschäftigten zu entlasten. „Wir müssen auskommen mit dem Personal, was wir haben“, so Nussel. Über das europäische Recht hinausgehende, zusätzliche Datenschutzregelungen will Nussel senken. Mit den europäischen Verordnungen zur Wiederherstellung der Natur und für entwaldungsfreie Produkte müsse man intelligent umgehen. Als gelernter Forstwirt sieht Nussel den Einsatz von Forstwirten mit Ortskenntnis als wichtig an. Es dürfen nicht die günstigsten An-



Von links: Gerd Huber, Christian Beck und Ronja Endres

bieter forstlicher Dienstleistungen den Zuschlag bekommen, wenn die Ortskenntnis fehlt. Auch die Walderschließung ist ihm wichtig.

Landtagsabgeordneter **Roland Weigert** (Freie Wähler) legt als Waldbesitzer seine Betonung auf einen zukunftsfähigen Wirtschaftswald, nicht Mischwald. Nur eine Bewirtschaftung bietet die Möglichkeit, das CO₂-Bindungspotenzial optimal zu nutzen. Technologieoffenheit ist Voraussetzung für eine produktive Verwaltung. Roland Weigert ist es als Vizepräsident des Bayerischen Jagdverbands (BJV) auch wichtig, die Jäger*innen beim Waldumbau mit ins Boot zu holen. Im Hinblick auf die BaySF lobte Weigert: „Die Bayerischen Staatsforsten haben im Geschäftsjahr 2025 ein sehr gutes Ergebnis erzielt.“

Bernhard Breitsameter, Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbandes, betont, dass hinter jedem Wald immer auch ein Eigentümer steht. Herausfordernd sieht er neben dem Klimawandel die stark gestiegenen Ansprüche der Gesellschaft an den Wald. Der jahrzehntelange Vorratsaufbau, besonders durch zuwachsstarke Nadelholzreinbestände,

fällt uns jetzt auf die Füße. Zukunftsfähige Wälder werden vorratsärmer und zuwuchsschwächer sein müssen. Je struktur- und artenreicher ein Wald ist, desto mehr Anforderungen stellt er an sein Personal. Problematisch ist das Nutzungsverhalten in privaten Wäldern: In 43 Prozent der Wälder hat in den vergangenen zehn Jahren keine Nutzung stattgefunden. Breitsameter: „Nur ein intelligent bewirtschafteter Wald ist erfolgreich. Dazu gehören auch punktuelle Stilllegungen.“

Manfred Kröninger, Finanzvorstand der Bayerischen Staatsforsten, hat aus 20 Jahren BaySF die Lehre gezogen, dass ökologischer Erfolg immer auch wirtschaftlicher Erfolg ist. Neben einer Fokussierung auf das Kerngeschäft Wald- und Flächenbewirtschaftung haben die BaySF neue Geschäftsfelder aufgebaut und bestehende Geschäfte weiterentwickelt. Dazu wurde auch zusätzliches Personal eingestellt. Die Personalaufwendungen stellen einen bedeutenden Aufwandsposten dar. Eine Herausforderung ist, dass in den nächsten fünf Jahren 110 Förster*innen in den Ruhestand gehen.

Friedrich Nebl, Leiter Referat Personal,

Organisation, Aus- und Fortbildung am StMELFT, sieht den Höhepunkt des demografischen Wandels bei der Forstverwaltung ebenfalls in fünf bis sieben Jahren überschritten. Durch die Erhöhung der Ausbildungsplatzkapazität auf 100 Ausbildungsplätze in der QE 3 konnte auch im Rahmen der Waldumbauoffensive 2030 mehr Personal eingestellt werden. Die angebotenen 100 Ausbildungsplätze für Forstanwärter*innen (FANW*innen) wurden nicht ausgeschöpft, im aktuellen Jahrgang gibt es 80 FANW*innen. Für den vorsorgenden Waldumbau im Klimawandel benötigt die Verwaltung auch Fachpersonal im IT-Bereich. Bei den derzeitigen Problemen einer angemessenen Eingruppierung für die Beschäftigten im TV-Forst gibt es aktuell Gespräche zwischen den Ressorts für ELF und Finanzen und der IG BAU.

Christoph Welzenbach, Leiter der Bayerischen Technikerschule für Wald und Forstwirtschaft sowie der Bayerischen Forstschule in Lohr am Main, sieht auch für die Ausbildung zum/zur Forsttechniker*in ein riesiges Interesse. Für die 24 Ausbildungsplätze gab es 85 Bewerbungen aus dem gesamten Bundesgebiet. Künftig sollen 28 Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die Ausbildungskapazität für Forstwirtschaftsmeister*innen wurde von 20 auf 32 Plätze erhöht. Auch für die Referendars-Ausbildung bietet die Forstverwaltung im Zeitraum 2025/2027 28 Ausbildungsplätze an.

Die gut besuchte Veranstaltung konnte in der Kürze der Zeit viele Fragen nur benennen. Übereinstimmung gab es darüber, dass der notwendige Waldumbau Fachpersonal braucht. Für uns war es wichtig, dass sich Fachpolitiker*innen und Branchenvertreter*innen im Austausch mit unseren Mitgliedern ein aktuelles Bild über die Probleme der Beschäftigten machen konnten. Wir werden das in weiterführenden Gesprächen fortführen.

Andreas Schlegel, Vorsitzender der Landesvertretung

Landesregierung und Gewerkschaften verabschieden Maßnahmenpaket ...

... zur Attraktivitätssteigerung

Die Landesregierung und die Gewerkschaften haben in den sogenannten Attraktivitätsgesprächen aktuelle Fragen des öffentlichen Arbeits- und Dienstrechts erörtert und sich auf Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes im Land Brandenburg geeinigt.



Beide Seiten vereinbarten unter anderem, dass die Ergebnisse der **Tarifverhandlungen** für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in der laufenden Legislaturperiode systemgerecht übertragen werden. Ebenso soll die Laufbahnverordnung überprüft und das Zulagenwesen evaluiert werden.

Kernpunkte der Gespräche waren die Vereinbarungen zur **Personalgewinnung und -bindung**. Künftig sollen die bestehenden Leitlinien für eine mittel- und langfristige Personalentwicklung und eine fachgerechte Qualifizierung der **Seiteneinsteigenden und Lehrkräfte** zum 1. Januar 2026 dahingehend geändert werden, dass seiteneinsteigenden Lehrkräften ohne Hochschulabschluss, die über einen Abschluss als Meisterinnen/Meister, staatlich anerkannte Erzieherinnen/Erzieher oder staatlich anerkannte Sonderpädagoginnen/Sonderpädagogen verfügen, auf Antrag eine Zertifikatsqualifizierung mit einer Gesamtdauer von mindestens 18 Monaten angeboten wird. Auch das Rundschreiben zur Gewährung einer großen Wegstreckenentschädigung für Lehrkräfte mit Unterrichtsverpflichtung an verschiedenen Schulen wird fortgeführt. Für den Bereich der **Polizei** ist beispielsweise die Prüfung einer eigenen Dienst-

fahrschule für Anwärterinnen und Anwärter zum Erwerb der Fahrerlaubnis vorgesehen. Außerdem profitiert insbesondere der Polizeibereich von einer altersabhängigen Erhöhung des Zusatzurlaubs für Schichtdienstleistende.

Außerdem wurde vereinbart, dass der **Landesbetrieb Forst** Brandenburg eine aktualisierte Liegenschaftskonzeption erstellt und prüft, inwiefern Wohnraum für Beschäftigte geschaffen und erhalten werden kann. Für Beamtinnen und Beamte des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes soll die Einrichtung eines berufsbegleitenden Aufstiegsstudium vom mittleren in den gehobenen Dienst geprüft werden, welches auch vergleichbaren Tarifbeschäftigten für eine zusätzliche Qualifizierung offenstehen soll.

Die Landesregierung und Gewerkschaften verständigten sich auch mit Blick auf alle Beschäftigten in der Brandenburger Landesverwaltung auf Maßnahmen des **Arbeits- und Gesundheitsschutzes**. Unter anderem sollen ab dem 1. Januar 2028 – vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages – in jedem Einzelplan für das Betriebliche Gesundheitsmanagement jährlich Mittel in Höhe von 60 Euro pro Volle Zeiteinheit zur Verfügung stehen. Ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen

war ein klares Bekenntnis zur Beibehaltung **flexibler Arbeitszeit- und Arbeitsortmodelle** und zu der Weiterführung der Auditierung **berufundfamilie** oder einer vergleichbaren Zertifizierung sowie die Erhöhung der **Wegstreckenentschädigung** für die dienstliche Nutzung des privaten Pkw auf 28 Cent/Kilometer und auf 38 Cent/Kilometer bei Vorliegen eines erheblichen dienstlichen Interesse an der Nutzung des privaten Pkw sowie die Erhöhung der maximalen Laufzeit einer **Langzeitkontenvereinbarung** für Tarifbeschäftigte auf 22 Jahre (20 Jahre Ansparzeit und zwei Jahre Freistellungszeit). Aufseiten der Landesregierung waren neben dem Innenministerium als Verhandlungsführer das Finanzministerium, das Bildungsministerium sowie das Forstministerium beteiligt. Aufseiten der Gewerkschaften nahmen Vertreterinnen und Vertreter von GEW, ver.di, GdP, dbb beamtenbund und tarifunion und IG BAU an den Gesprächen teil.

Von den Vereinbarungen profitieren in Brandenburg direkt die rund 35 000 Beamtinnen und Beamten sowie die rund 29 000 Tarifbeschäftigten des Landes, dazu gehören auch die Tarifbeschäftigten der Hochschulen.

Landesverwaltung, GEW, ver.di, dbb, IG BAU (Originalabdruck)



Landesvertretungskonferenz Forst und Naturschutz am 30. Oktober 2025

„Ist unser Wald noch zu retten?“

Dieses Motto hatte der bisherige Landesvorstand für die Konferenz gewählt.

Geladene Gäste im öffentlichen Teil am Vormittag waren der Staatssekretär

Michel Ruhl, Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt,

Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat (HMLU), Hilmar von Bodelschwingh,

Landesbetriebsleitung HessenForst, Ronja Endres, Pays de l'Europe centrale

et orientale (PECO-Institut) und Uwe Paar, Nordwestdeutsche Forstliche

Versuchsanstalt (NW-FVA).

Einleitend stellte die Landesvertretungsvorsitzende **Claudia Mävers** fest, dass ein Wandel in der Politik stattefinde. Die Belange des Waldes und die Anstrengungen, dem Klimawandel zu begegnen, gerieten zunehmend ins Abseits. Leider sei es auch immer schwieriger, junge Leute für die Arbeit im Wald zu begeistern.

Staatssekretär **Michel Ruhl** antwortete gleich im ersten Referat darauf. Die Regierung teile die Sorge um den Wald. Sie hätte sich das Ziel gesetzt, den multifunktionalen Wald zu erhalten. Sein Dank galt deshalb allen Beschäftigten für die bisherige und zukünftige Arbeit. Die allgemeine wirtschaftliche Lage be-

grenze derzeit die Möglichkeiten der Landesregierung. Schwerpunkt der Arbeit sei die Wiederbewaldung der Schadenflächen aus dem letzten Jahrzehnt. Ziel sei es, diese schnellstmöglich wieder in Nutzung zu bringen. Das solle bürokratiearm geschehen und den derzeit gültigen Waldentwicklungszielen der NW-FVA entsprechen. Daraus resultiere das auf vier Jahre begrenzte FSC-Moratorium des Landes Hessen. „Wir wollen eigenes Fachwissen nutzen, um gemeinsam einen klimastabilen Wald für die nächsten Generationen aufzubauen.“

Dem Fachkräftemangel solle durch verstärkte Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen begegnet werden, genannt seien hier die MS-Beschaffung und die Verbesserung der Kfz-Entschädigung. Eine Stellenmehrung sei derzeit nicht möglich.



Von links: Claudia Mävers (stellvertretende Vorsitzende), Bernd Riehm (Vorsitzender), Adolf Biel, Bernd Mordziol-Stelzer, Sophie Hartmann, Thomas Kopp und Michael Köhl (alle Beisitzer*innen)



Neuer Vorsitzender der Landesvertretung

Bernd Riehm

„Ich bin 52 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei erwachsenen Söhnen und wohne seit 18 Jahren in einem Ortsteil von Groß-Umstadt. Ich leite beim Forstamt Dieburg die Revierförsterei Otzberg.“



Gebürtig komme ich aus Wiesbaden und habe dort beim Stadtforstamt eine Lehre zum Forstwirt abgeschlossen. Anschließend studierte ich in Göttingen Forstwirtschaft und wurde nach der bestandenen Laufbahnprüfung 2000 von der Landesforstverwaltung beim Forstamt Chausseehaus eingestellt. Seit 2019 bin ich Ausbilder für die Anwärter*innen und seit 2020 auch in den Prüfungsausschuss berufen.

IG BAU-Mitglied bin ich seit 2002, seit 2012 Beisitzer in der Regionalgruppe Südhessen, ehe ich 2016 in den erweiterten Vorstand der Landesvertretung gewählt wurde. Seit dieser Zeit war ich auch Mitglied der Landestarifkommission, ehe ich das Amt nach der letzten Tarifrunde 2024, bedingt durch meinen Statuswechsel, niedergelegt habe. Seit 2021 gehörte ich dem Vorstand als stellvertretender Vorsitzender an.“

In der anschließenden Diskussion antwortete Michel Ruhl ausweichend auf die Fragen: Warum die Landesregierung immer noch nicht die gerichtlich bestätigte notwendige Besoldungserhöhung vornehme, und wann denn die circa 100 unbesetzten Forstwirt*innenstellen und die 30 freien Beamt*innenstellen besetzt werden würden. Die Personalkosten für das Land Hessen würden in 2026 um eine Milliarde steigen. Die Einnahmeseite und die Personalkosten liefen auseinander. Es gäbe nur ein begrenztes Personalbudget. Daher müsse die Landesregierung reagieren. Wenn man mehr Personal bräuchte, müsse eben jeder weniger verdienen. Das stieß auf großen Unmut in der Versammlung.

Der HPR-Vorsitzende **Frank Subtil** forderte bessere Entlohnung („EG 7 für alle“), dies vor allem im Ballungsraum. Gefordert wird eine Gefahrenzulage für alle Forstwirt*innen und Forstwirtschaftsmeister*innen bei Holzerntetätigkeiten. Eine Höhergruppierung für Meister*innen muss bei der Ausübung höherwertiger Tätigkeiten möglich sein, wie im TV-Forst Hessen vorgesehen.

Der GPR-Vorsitzende **Harry Trube** merkte an, dass trotz verstärkter Ausbildungsbe mühungen von HessenForst die Zahl der Forstwirt*innen rückläufig sei. Junge gut ausgebildete Fachkräfte wandern wegen besserer Verdienstmöglichkeiten ab.

Michael Schmitt, IG BAU-Tarifexperte, bot dem Staatssekretär Gespräche an. In Hessen seien durch die Nichtmitgliedschaft in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) flexible Lösungen möglich. Zur Kritik an der Verringerung der Habitatbaumanzahl versicherte der Staatsse-

ekretär, dass obligatorische H-Bäume geschützt bleiben, lediglich die Zahl der fakultativen H-Bäume werde reduziert.

Zum Thema Klima merkte **Michel Ruhl** an, dass sich dieses unabhängig von unseren Anstrengungen wandeln werde. Trotzdem wolle Deutschland seinen Beitrag leisten. Der deutsche Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß habe sich von 2,5 Prozent auf 1,5 Prozent verringert.

Dr. Uwe Paar, NW-FVA, gab einen Rückblick auf 40 Jahre Waldschadensforschung. Von 1984 bis 2017 waren die Waldschäden aus heutiger Sicht unspektakulär. Ab 2018 kam es jedoch zu einem exorbitanten Anstieg. Im hessischen Staatswald ging in dieser Zeit der Fichtenanteil von 31 auf zehn Prozent zurück. Durch die NW-FVA wurde bereits 2012 vor einer derartigen Möglichkeit gewarnt, da sich in großen Teilen Hessens eine Wuchszonenverschiebung in Richtung der randlichen Eichen-Mischwaldzone abspielt. Die Klimafeuchte verändere

sich ebenfalls dramatisch. Gab es früher vor allem subatlantische Standorte in Hessen, so sind es jetzt subkontinentale Typen. Waren vor 15 Jahren noch 75 Prozent aller Fichten standortgerecht, seien es heute 80 Prozent nicht mehr.

Die Schäden bei den Waldzustandserhebungen fielen im Zuständigkeitsbereich der NW-FVA in Sachsen-Anhalt am schlimmsten aus. Im Regenschatten des Harzes leide der Wald am stärksten. Hessen nähme eine Mittelstellung ein, und in Schleswig-Holstein seien die Schäden weiterhin gering.

Eine Erfolgsgeschichte wie bei der Reduzierung der Stoffeinträge in den 80er-Jahren sei bei der Bekämpfung des Klimawandels nicht absehbar. Hier seien Maßnahmen ungleich schwieriger umzusetzen. Wir müssen leider annehmen, dass derzeitige negative Szenarien noch übertroffen werden.

Ronja Endres vom PECO-Institut stellte fest, dass es in Deutschland im Außen-



bereich keine Regelungen zum Arbeiten bei Hitze gibt. Anders in Österreich: Hier haben sich Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen auf 32,5 Grad Celsius geeinigt. Bei dieser Temperatur dürfen Arbeiten eingestellt werden.

Das STOP-Prinzip helfe bei Hitze, indem es die Maßnahmen in der Reihenfolge ihrer Wirksamkeit priorisiert: Substitution (Problemquelle beseitigen), Technische Maßnahmen (zum Beispiel Klimaanlage, Sonnenschutz), Organisatorische Maßnahmen (zum Beispiel Arbeitszeit anpassen, Pausen) und Persönliche Schutzausrüstung (zum Beispiel Kopfbedeckung). Bei Hitze sollten zunächst die Wärmequellen reduziert, anschließend technische Lösungen wie Sonnenschutz und Belüftung umgesetzt, dann Arbeitsabläufe organisiert und zuletzt auf persönliche Schutzmaßnahmen wie leichte Kleidung oder Trinken zurückgegriffen werden.

Die Klimakrise sei ein Stressfaktor! Mehr Warmperioden bedeuten weniger Frost, wodurch auch die Belastung durch Mücken und Zecken und die dadurch übertragenen neuen Krankheiten steige.

Hilmar von Bodelschwingh, HessenForst berichtete, dass aus Sicht des Arbeitsschutzes seit 2018 besonders viele gut zu bearbeitende Bestände weggefallen seien. Deswegen gelte es, neue Arbeitsverfahren in geschädigten Beständen zu entwickeln und diese auch in der Fläche zu schulen. Neben der Wiederbewaldung von circa 40 000 Hektar im Staatswald dürfe auch die Jungwuchs- und Jungbestandspflege nicht vernachlässigt werden.

Zur Personalsituation räumt er ein, dass es große Probleme gäbe, Stellen adäquat zu besetzen. Die Situation gestalte sich im Land sehr unterschiedlich. Der Generationswechsel im gehobenen und höheren Dienst sei nach seiner Ansicht gelungen. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten



Bernd Riehm (links) und Christian Beck

fiel von 51,7 Jahre in 2015 auf 36,2 Jahre in 2025. Jetzt gälte es, die Einstellungen über längere Zeit zu verstetigen, um nicht wieder einen Personalberg zu erzeugen. Bei Forstwirt*innen und Forstwirtschaftsmeister*innen seien die Zahlen weniger krass: Von 47 Jahre in 2015 ist das Durchschnittsalter auf 38 Jahre in 2025 gesunken. Bei einer Übernahme von jährlich 30 Personen bis 2035 ist das Erreichen einer Normalverteilung möglich.

In der Diskussion kamen verschiedene Themen zur Sprache: Zukünftiges Zielalter, Totholzanteile, Fremdländeranbau, Naturschutzleitlinie, Beteiligung bei Forsteinrichtungen, Verringerung von Regeldichten bei der Jagd.

Besonders zu erwähnen ist die Einlassung von **Monika Heupel**, GPR-Mitglied, während der Diskussion. Sie wünscht sich, dass der Landesbetrieb bei den Beschäftigten im mittleren Dienst ähnlich aktiv wird wie bei den andern Personengruppen. Wichtig sei es, Chancen zu eröffnen durch faire Bezahlung. HessenForst sei mit der Bezahlung nicht mehr konkurrenzfähig gegenüber anderen Ar-

beitgebern, auch denen des öffentlichen Dienstes.

Lars Hoffmann, FSC, fragte nach, ob HessenForst und die NW-FVA das FSC-Moratorium begleiten würden. **Hilmar von Bodelschwingh** bestätigte, dass von der Landesregierung ein Prüfauftrag erteilt wurde.

Interner Teil

IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Christian Beck betonte, dass er sich freue, sich mit Forstwirtschaft beschäftigen zu dürfen. Er wolle gerne von uns dazulernen. Die Gewerkschaft kämpfe für familienfreundliche, sichere und gesunde Arbeitsplätze. Schwierig sei es, das Erreichte zu sichern. „Immer kommt das Argument: Wir müssen sparen! Will ein Arbeitgeber heute Mitarbeiter*innen gewinnen, zählt die Attraktivität. Dazu zählt natürlich in erster Linie die Bezahlung. Hier ist das Feld der Gewerkschaften. Mit ihrer Tariftmacht können Gewerkschaften die Welt zum Positiven verändern. Dazu braucht es Mitglieder, die bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen.“

Geschäftsbericht

Claudia Mävers hielt nach fast 12 Jahren als Vorsitzende der Landesvertretung einen emotionalen Rückblick auf die zurückliegende Zeit. Anfang Dezember 2013 übernahm sie den Vorsitz von Volker Diefenbach, der zum Bürgermeister von Heidenrod gewählt worden war. Den Einstieg in das Amt hätte ihr das tolle Team erleichtert, das mit ihr gemeinsam die verantwortungsvollen Vorstandsaufgaben in der Landesvertretung übernommen hat. Viele der in 2013 Gewählten sind bis heute noch dabei:

Ernst-Otto Naumann, Bernd Mordziol-Stelzer, Bernd Riehm, Botho Demant, Christian Korff, Adolf Biel und **Joachim Gröll**.

Sie konnten eine hervorragende Teamarbeit entwickeln, bei der Jede und Jeder seine beziehungsweise ihre Stärken mit eingebracht hat. Dafür sei sie extrem dankbar! Die Idee, den gewählten Vorstand um weitere aktive Mitglieder zu erweitern, hat sich sehr bewährt: So konnte durch Einbindung der GPR- beziehungsweise HPR-Vorsitzenden, der Schwerbehindertenvertretung, Fachgruppenvertretern und weiteren Expert*innen die Schlagkraft verstärkt werden.

Diese Zusammenarbeit mit Fachgruppe und Personalvertretungen hat sich insbesondere bei Themen bewährt, die auf breiter Front bearbeitet werden mussten. Beispiele aus den vergangenen Jahren: die Verbeamtung, die Gestellung von Dienstwagen und Betriebsfahrzeugen oder die MS-Gestellung. „Da haben wir tolle Erfolge erzielt, die nicht zu erreichen gewesen wären, wenn der Landesvorstand die Personalräte nicht mit intensiver forstpolitischer Arbeit unterstützt hätte“, sagte Claudia Mävers.

Ein weiterer großer Erfolg sei es, dass wir inzwischen auf politischer Ebene zu allen den Wald und Naturschutz betreffenden Themen gefragt werden. Dies koste

viel Zeit und Energie, sei aber die einzige Möglichkeit, tatsächlich ein bisschen Einfluss zu nehmen.

Ein ganz großer Wermutstropfen sei, dass wir seit Jahren unter einem extremen Schwund an Mitgliedern leiden, der vor allem daran liege, dass kaum noch junge Leute in die IG BAU eintreten. Die Mitglieder der Landesvertretung seien inzwischen zu mehr als 50 Prozent im Ruhestand! Dafür gäbe es verschiedene Gründe:

- Unsere berufsständische Konkurrenz fordere deutlich geringere Beiträge.
- Die IG BAU sei in den Hochschulen bisher kaum präsent, und wenn die jungen Leute während des Studiums in einen Verband eingetreten sind, wechseln sie später eigentlich nicht mehr.
- in den sozialen Medien sei die IG BAU nicht ausreichend gut aufgestellt. Dies überfordere ein ehrenamtliches Gremium allerdings auch deutlich!

Bei einem Blick in die Zukunft sieht **Claudia Mävers** „eine Menge großer Herausforderungen auf uns zukommen“:

- Wie schaffen wir es, möglichst viele Nachwuchskräfte für die IG BAU zu gewinnen?
- Wie bekommen wir es hin, trotz der starren Strukturen der IG BAU den Forstbereich zusammenzuführen?
- Wie können wir unterstützen, dass viele junge Menschen sich für einen Beruf „im Wald“ entscheiden?
- Wie wird sich der Wald entwickeln? Wie schaffen wir es, den noch vorhandenen Wald zu erhalten und zu schützen?
- Wie geht es weiter mit dem „Einheitsforstamt“?
- Wer betreut zukünftig den Nicht-Staatswald?

Vorstandswahlen

Zur Wahl des **Vorsitzenden** war **Bernd Riehm** vorgeschlagen und wurde ge-

wählt. **Claudia Mävers** wird **Stellvertreterin**.

Als **Beisitzer*innen** wurden gewählt: **Sophie Hartmann, Michael Köhl, Thomas Kopp, Bernd Mordziol-Stelzer, Botho Demant**.

Adolf Biel wird für weitere zwei Jahre als Kassierer beauftragt. Es ist vorgesehen, die Aufgabe anschließend an Michael Köhl zu übergeben.

Bernd Mordziol-Stelzer übernahm als Sprecher der Antragskommission die Versammlungsleitung und rief die Anträge entsprechend dem Vorschlag in der Antragsmappe auf. Die Versammlung beriet die Anträge im Einzelnen und stimmte darüber ab. Alle Anträge wurden angenommen.

Der neue Vorsitzende **Bernd Riehm** übernahm die Versammlungsleitung, gab einen Ausblick auf die anstehenden Aufgaben, die sich unter anderem auch aus den verabschiedeten Anträgen der Landeskongress ergeben. Besonders hob er das Thema der Nachwuchsgewinnung hervor, denn nur eine mitgliederstarke Gewerkschaft kann ein Tarifpartner auf Augenhöhe sein.

Als weiteren wichtigen Punkt sah er die Zusammenarbeit im Forstbereich innerhalb der IG BAU. Er hoffe, dass die auf Bundesebene angefangenen Gespräche hierzu fortgeführt werden und er warte vom Hauptamt, dass die vorgebrachten Anliegen ernst genommen werden.

Die WALD KLIMA SCHUTZ-Kampagne sei ein gelungenes Beispiel für die von ihm geforderte verstärkte Zusammenarbeit, denn mit ihr sei es den Forstleuten nach langer Zeit wieder gelungen, Politikberatung im Sinne des Waldes, der Natur und letztlich auch der Arbeitnehmer*innen zu machen. Abschließend dankte er den Teilnehmenden und schloss die Versammlung.

FM-Redaktion, Claudia Mävers, Bernd Riehm

Hannah und Jonathan Mittner

Jagen mit Stöberhunden

Hundeauswahl, -ausbildung und Jagdpraxis

17 x 24 cm, Hardcover, 168 Seiten, 166 Farbfotos und 16 Illustrationen. 28 Euro. ISBN 978-3-440-18323-6. Franckh-Kosmos Verlags-GmbH, Stuttgart, 2025.

Im Vordergrund stehen die Wachtel, Bracken, Terrier und Teckel auf ihrem Weg zu einem erfolgreichen Stöberhund. Ihr Einsatz ist wichtiger denn je. Denn die Bewegungsjagden sind ein bedeutender Faktor effizienter Bejagung geworden. In dem reichlich bebilderten Lehrbuch für das Fach „Stöbern“ findet man die geeignete Rasse, beschäftigt sich mit der Eingewöhnung und der Einarbeitung, erhält wertvolle Praxistipps und wird mit Spezialistenwissen versorgt.



Thor Pedersen

The impossible Journey

10 Jahre – 203 Länder – Null Flugzeuge

13 x 21 cm, Paperback als Klappenbroschur, 335 Seiten, 16 Seiten Farbfotos. 18 Euro. ISBN 978-3-89029-615-9. Piper Verlag, München, 2025.

Die deutschsprachige Ausgabe des inspirierenden Berichts des Dänen, der in Nordamerika aufwuchs und 2013 Dänemark verließ, um als erster Mensch ohne Flugzeug jedes Land der Welt zu bereisen. Daraus wurde eine zehnjährige Odyssee über Land und Wasser, gespickt mit Visaproblemen, Korruption an den Grenzen, Krankheiten, und was sonst noch alles geschehen kann. Offen und ehrlich schildert er seine Erlebnisse und Stimmungen. Insgesamt unterhaltsam aber keine Vorlage für eigene Touren auf seinen Spuren.



Johannes Schiller, Uta Berghöfer und Stephanie Jahn als Hrsg.

Landschaften gemeinsam gestalten

Rewilding am Oderdelta – Ein Werkstattbuch

21 x 28 cm, Hardcover, 216 Seiten, zahlreiche Abbildungen. 29 Euro. ISBN 978-3-98726-180-0. Oekom verlag, München, 2025.

Dieses Buch dokumentiert kein fertiges Ergebnis, sondern sammelt Materialien, Methoden, Erfahrungen und Reflexionen aus einem praxisorientierten, partizipativen und experimentellen Arbeitsprozess. Entstanden aus einem inter- und transdisziplinären Forschungsprojekt, werden ökologische, soziale und kulturelle Perspektiven auf Natur und Landschaft verbunden. Das Oderdelta wird dabei zum Experimentierraum für neue Formen des Naturschutzes, der Teilhabe, der Vielfalt und der Prozess-offenheit. Eine interessante Arbeit.



Konstantin Börner und Frank Rakow

Auf Sauen jagen

Mit Herz und Verstand – Erfolgreiche Schwarzwildjagd dank wildbiologischem Know-how

17 x 24 cm, Hardcover, 157 Seiten, 157 Farbfotos und 12 Illustrationen. 28 Euro. ISBN 978-3-440-18086-0. Franckh-Kosmos Verlags-GmbH, Stuttgart, 2025.

Das Problem ist bekannt, und seine Lösung ist die Nagelprobe für unsere Jagdkultur. Wissenschaftlich basiert gehen die Autoren auf das wildbiologische Wissen ein und orientieren sich dabei an den Jahreszeiten. Dabei liefern sie Einblicke in aktuelle Forschungsergebnisse. Aber es geht auch um die Praxis, die Ausrüstung, das Kirren, die Drückjagd und allgemeine Tipps zu Bejagungsmodellen, den Hunden und die Versorgung erlegter Sauen. Ein gut gemachtes Buch.



Vivi D'Angelo und Josh Flatow

Wurst

nachhaltig & selbstgemacht

20 x 27 cm, gebunden, 208 Seiten, 130 Farbfotos. 38 Euro. ISBN 978-3-8186-2602-0. Eugen Ulmer Verlag KG, Stuttgart, 2025.

Die Kapitel Brüh-, Koch-, Rohwürste und mehr sowie 29 Seiten Basics machen das Buch zu einem erfrischenden wie appetitlichen Einstieg in die stylistische, internationale Welt der Wurst. Ein Thema, das zunehmend seinen Freundeskreis erweitert, handwerklich wie ernährungsphysiologisch hohe Ansprüche stellt und im Umfeld der Wildbretvermarktung auch unsere Branche betrifft. Allerdings wird dieses Segment nur am Rand erwähnt. Trotzdem, nicht nur wegen der wunderschönen Fotos, empfehlenswert.



Carolyn Fry und Emma Wayland

Die Geschichte der Botanik in 300 Büchern

20 x 24 cm, Hardcover, 272 Seiten, 335 Abbildungen. 38 Euro. ISBN 978-3-258-08409-1. Haupt Verlag AG, Bern, 2025.

Ein wunderschönes Buch erzählt anhand von 300 historisch wichtigen Büchern die Geschichte der Pflanzenkunde seit der Antike. Es geht um das Wachsen des botanischen Wissens bis 1450, den Einfluss des Buchdrucks, das Entdecken und Klassifizieren immer neuer Pflanzen, den Weg zur Botanik als Wissenschaft und die Zeit ab 1950. Eine turbulente Geschichte geprägt von Neugier und Machthunger und das im Bemühen, die Natur zu quantifizieren und zu klassifizieren. Und dies garniert mit faszinierenden Abbildungen.



Literaturkritik, wenn nicht anders bezeichnet: Hermann-Josef Rapp, Reinhardshagen